

Wer dreht denn hier am Rad?

Heimliche Absprachen, geschürte Ängste und diffamierende Flyer: Im Kanton Freiburg zeigt sich, warum in der Schweiz kaum Windräder stehen – trotz Energiestrategie.

Von Sabrina Weiss, Gina Bachmann und Florian Wüstholtz

Prolog

An einem Sonntag im März 2021 kommt es in Vuisternens-devant-Romont zum Eklat: Fast der gesamte Gemeinderat des Dorfs im Freiburger Mittelland wird abgewählt. Langjährige Ratsmitglieder werden durch politische Neulinge ersetzt, die vor allem eines nicht wollen: Windräder auf ihren Hügeln.

In den nächsten Monaten bekämpfen sie nicht nur das Vorhaben in ihrem Dorf, sondern ziehen mit anderen Gemeinden bis vor Bundesgericht, um alle möglichen Anlagen im Kanton zu Fall zu bringen.

Vuisternens ist kein Einzelfall: Von St. Gallen bis in die Waadt wehren sich die Menschen gegen den Bau von Windparks. Seit das Energiengesetz 2018 in Kraft getreten ist, wurden im ganzen Land gerade einmal fünf Windräder in Betrieb genommen. Der Bund strebt bis 2050 mindestens 400 an. Ist das überhaupt noch zu schaffen? Hört die Akzeptanz der Erneuerbaren da auf, wo Windräder die Aussicht versperren könnten? Oder hat die Energiewende den Rückhalt in der Bevölkerung verloren?

In Vuisternens finden sich Antworten. Hier zeigt sich, was passieren kann, wenn unbedarfte Behörden auf geschäftige Energiefirmen treffen und aufgebrachte Bürgerinnen auf einflussreiche Verbände. Freie Landschaft Schweiz etwa, der alle Windkraftprojekte kippen will, nicht nur im Kanton Freiburg, sondern im ganzen Land. Das Drama von Vuisternens – es spielt sich in Dutzenden Schweizer Dörfern ab.

1. Akt: Die Bevölkerung fühlt sich übergangen

Im November 2020 weckt ein Brief des Gemeinderats und der regionalen Energiefirma Groupe E Greenwatt das Misstrauen der 2600 Bewohnerinnen und Bewohner von Vuisternens. «Das Freiburger Windkraftabenteuer kann beginnen», lautet der Betreff des Schreibens. Zwei mögliche Windparks könnten eine «Bereicherung» sein für die Region, heisst es. Und weiter: «Diese erneuerbare, saubere und lokale Energie wird allen zugutekommen, insbesondere durch den Stromverkauf und Mandate für lokale Unternehmen.»

Was? Windparks? Bei uns? Die meisten hören zum ersten Mal von solchen Plänen – und hegen einen bösen Verdacht: Der Gemeinderat habe eine Vereinbarung getroffen, ohne die Meinung der Bevölkerung einzuholen. «Dieses erste Schreiben war mehr Werbung als Information», sagt eine Anwohnerin zwei Wochen später an der Gemeindeversammlung. Hier sprühen die ersten Funken des Widerstands, die sich später wie ein Lauffeuer in diesem von Weiden, Ackerland und waldigen Hügeln umgebenen Dorf ausbreiten.

Der Gemeinderat versucht zu beschwichtigen: Man prüfe mit Groupe E Greenwatt

bloss das Potenzial der Windkraft und ihre Auswirkungen auf Mensch und Umwelt, heisst es an der Versammlung, die in einer entscheidenden Frage gipfelt: Wird es eine Abstimmung geben, falls der Rat die Realisierung der Projekte beschliesst? Nicht direkt, lautet die Antwort. Es sei zwar eine Konsultation vorgesehen, aber keine Abstimmung. Im Saal brechen Proteste aus.

Dabei haben die erneuerbaren Energien im Kanton Freiburg einen guten Stand. Die Stimmbevölkerung nahm 2017 das neue Energiengesetz über dem Landesdurchschnitt an. Solarpanels produzieren hier jährlich mehr Strom als in vergleichbaren Kantonen, zudem stehen entlang der Saane sechs Speicherkraftwerke. Auch für Windkraft würde sich der Kanton gut eignen – vor allem auf Ackerland, wie eine kürzlich veröffentlichte ETH-Studie zeigt. Trotzdem dreht bis heute kein einziges Windrad in Freiburg.

Das wollte der Kanton ändern. In seinem Richtplan hat er das Potenzial für Windenergie ausgelotet und mögliche Standorte definiert. Einige Monate bevor in Vuisternens die Proteste beginnen, wurde der Plan vom Bundesrat genehmigt. 23 grosse Windräder könnten in der Umgebung von Vuisternens gebaut werden – im Waldgebiet Monts de Vuisternens und auf dem Hügelzug des Massif du Gibloux.

Vorausgesetzt, der Gemeinderat genehmigt einen entsprechenden Nutzungsplan. Davon war Vuisternens aber weit entfernt. «Es gab noch gar kein konkretes Projekt», sagt Michel Seydoux, einer der inzwischen abgewählten Gemeinderäte, während Ingrid Mathis, eine seiner Nachfolgerinnen, widerspricht: «Wir wären nicht hier, wenn die Bevölkerung von Anfang an informiert und nicht vor vollendete Tatsachen gestellt worden wäre.»

Um der Sache auf den Grund zu gehen, nutzen die Dorfbewohner mehrmals das Öffentlichkeitsgesetz und verlangen mit Dutzenden zum Teil identischen Gesuchen die Herausgabe amtlicher Dokumente. Und siehe da: Der Gemeinderat und Groupe E Greenwatt – ein Unternehmen in kantonaler Hand – hatten bereits 2017, drei Jahre vor dem Brief an die Bevölkerung, vereinbart, gemeinsam das Potenzial von Windkraft auszuloten. In der Absichtserklärung heisst es, die Gemeinderäte sollten ihr «politisches Gewicht» nutzen, um die Projekte zu fördern und die Zustimmung der Bevölkerung zu gewinnen.

Auch wenn vertrauliche Absichtserklärungen in der Branche üblich sind und mehrere andere Gemeinden solche unterzeichnet hatten, wird der Gemeinderat nun öffentlich

Was? Windparks? Bei uns? Die meisten hören zum ersten Mal von solchen Plänen und hegen einen bösen Verdacht.

angepöngert. Im Januar 2021 zitiert die Zeitung «La Liberté» aus den Originaldokumenten, die auch auf einer extra dafür geschaffenen Website landen. «Top Secret» ist da rot und fett zu lesen. Wer die Seite betreibt, will im Dorf niemand wissen oder sagen. Stecken nur Laien dahinter? Oder sind hier Profis am Werk?

2. Akt: Die Emotionen eskalieren

Im Vorfeld der Gemeinderatswahlen ist die Windenergie das Thema. Weil Geschäfte und Restaurants wegen Corona geschlossen sind, wird in Whatsapp-Gruppen und auf Facebook Stimmung gemacht. «Es hiess, wir seien alle gekauft, wir seien Verräter und wir hätten Dinge unterschrieben, die man nicht mehr rückgängig machen könne», sagt der ehemalige Gemeinderat Seydoux, der von manchen nicht mehr gegrüsst wird auf der Strasse.

Im Wahlkampf mischt auch der Verein Vents Contraires mit, der Windkraftprojekte im Kanton seit 2015 bekämpft. Er versendet einen Fragebogen an alle Kandidierenden, um deren Positionen zur Windkraft zu veröffentlichen. Einige füllen diesen nicht aus, unter ihnen Michel Seydoux, der auch kein Windrad auf den Monts de Vuisternens sehen möchte. Das im kantonalen Richtplan vorgesehene Gebiet erstreckt sich bis zu 300 Meter an sein Haus – zu nah für Seydoux. Es ist ein Phänomen, das es im ganzen Land gibt und als «Nimby-Syndrom» bezeichnet wird – «Not In My Backyard», was so viel bedeutet wie «Windkraft ja, aber nicht vor meiner Haustür».

In Vuisternens leben 2600 Menschen auf einer gleich grossen Fläche wie die 170 000 Einwohner der Stadt Basel. Platz für Windräder hätte es in der hügeligen Landschaft genug. Und doch wird mit allen Mitteln dagegen gekämpft: «Unsere Gesundheit ist nicht käuflich», steht auf Flyern, die in den Briefkästen von Vuisternens landen. Es wird vor Schlafproblemen, Übelkeit oder Depressionen gewarnt. Und vor der «grössten Industriezone für Windkraft der Schweiz».

Klar, Windräder verändern das Bild von unberührten Landschaften. Und sie können eine Gefahr für Vögel darstellen. Gesundheitliche Bedenken im Zusammenhang mit Schallwellen sind nachzeitigem Wissensstand jedoch unbegründet. Auch die Fotomontagen, die in Vuisternens und den umliegenden Gemeinden kursieren, haben nichts mit der Realität zu tun. Zu sehen ist etwa ein Wald von Windrädern oder ein Windrad mitten im Stadtzentrum von Fribourg, dreimal so hoch wie die Kathedrale. Auf mehreren Flyern ist zudem das Foto eines Gemeinderats zu sehen, der für Groupe E arbeitet. Dass er für eine Abteilung tätig ist, die nichts mit erneuerbarem Strom zu tun hat, spielt keine Rolle. Ihm wird ein Interessenkonflikt unterstellt.

Allein mit dem «Nimby»-Phänomen lässt sich die Wut im Dorf aber nicht erklären. Entscheidend ist die Angst der Bewohner, von Entscheidungen ausgeschlossen zu werden, mit denen sie am Ende leben müssen. Diese Angst vereint Hausbesitzer und Landschaftsschützer, Vogelfreunde und Klimaskeptiker. Und sie treibt Menschen in die Politik, die sich vorher kaum dafür interessiert haben. Ingrid Mathis zum Beispiel, die heute als Parteilose im Gemeinderat von Vuisternens sitzt. Sie beanstandet nicht nur das Vorgehen ihrer Vorgänger. Windkraftplanung ist für Mathis auch eine Frage der Gerechtigkeit: Warum sollen die Menschen auf dem Land neben Windrädern wohnen, die Strom für die Städte und Industrieunternehmen produzieren?

Die Forschung macht zudem darauf aufmerksam, dass die Vorteile für Betroffene oft weniger greifbar sind. In einer HSG-Studie konnten die Befragten sie mit Begriffen wie Nachhaltigkeit oder sauberer Energie nur abstrakt beschreiben, während die Nachteile ganz konkret benannt wurden: Lärm, Einschnitt in das Landschaftsbild, Gefahr für Tiere. Wer diesen Mechanismus richtig bedient, ob faktenbasiert oder nicht, kann die Stimmung schnell zum Kippen bringen.

3. Akt: Profis befeuern den Widerstand

Wie aufgeheizt die Stimmung vor den Wahlen war, weiss Jérôme Bifrare, der bis 2017 als stellvertretender Gemeindepräsident amtierte. «Die Gegner waren feindselig, aggressiv, unehrlich», sagt er. Für ihn wären ein paar Windräder etwa 2,5 Kilometer von seinem Haus entfernt ein relativ kleiner Einschnitt ins Landschaftsbild gewesen. Im Gegensatz zu den Anwohnern in direkter Nähe, bei denen er den Ursprung des Widerstands vermutet.

Die koordinierten Aktivitäten, die zahlreichen Anfragen wegen amtlicher Dokumente, das Verteilen von Flyern in den Dörfern oder die gezielt geschürten Ängste – das trage die Handschrift von professionell agierenden Anti-Windkraft-Organisationen, sagt Bifrare. «Es war alles kalkuliert und orchestriert.» Namen nennt er keine. Für Involvierte bei den Behörden und der Energiefirma Groupe E Greenwatt hingegen ist klar: Der Verband Paysage Libre hat die zentrale Rolle gespielt.

Paysage Libre Suisse, in der Deutschschweiz als Freie Landschaft Schweiz bekannt, führt eine nationale Kampagne gegen die Windkraft. Seit 2004 setzt er sich gegen die «schädliche Industrialisierung durch Windkraftanlagen» ein und war bis vor kurzem hauptsächlich im Jurabogen aktiv. Dort stehen an drei Standorten 21 Windräder – mehr als zwei Fünftel von allen in der Schweiz. Heute mobilisieren acht regionale Sektionen, darunter auch eine in Freiburg, mit 48 angeschlossenen Lokalvereinen

EDMON DE HARO FÜR NZZ AM SONNTAG



Die koordinierten Aktivitäten, die Anfragen wegen Dokumenten – das alles trage die Handschrift von Organisationen.

Gericht weist die Beschwerde im Dezember 2022 zwar zurück, ordnet den Freiburger Staatsrat jedoch an, den Vorwurf zu prüfen. Die Proteste gingen auch an der Gruppe E Greenwatt nicht spurlos vorbei: Die Energiefirma hat entschieden, nicht mehr «proaktiv» auf Gemeinden zuzugehen.

Das «Windkraftabenteuer» ist für den Kanton drei Jahre später zum Albtraum geworden. Hat die Regierung den Widerstand der Bevölkerung unterschätzt? Nein, sagt Olivier Curty, Vorsteher der Volkswirtschaftsdirektion. Er schätzt, dass die Mehrheit der Freiburger noch immer für den Ausbau der Windkraft ist. «Der Widerstand ist vor allem vom Verein Freie Landschaft Schweiz orchestriert und gefördert worden.»

Curty spricht von einem «roten Faden», der sich vom nationalen Verband bis in die Gemeinden und lokalen Organisationen gezogen habe. Es sei ein «Klima des Misstrauens» geschaffen worden, bevor überhaupt ein konkretes Projekt geprüft werden konnte.

Nun steht der Staatsrat vor einem Scherbenhaufen. Jüngst haben die Gegner erreicht, dass das Kapitel Windkraft im kantonalen Richtplan überarbeitet werden muss – und zwar zusammen mit Vertretern der Gemeinden, Experten und Verbänden. So sollen die Gegner eingebunden werden. Die Regierung hofft, künftigen Projekte dadurch mehr Akzeptanz zu verschaffen. Doch die Extrarunde bewirkt vor allem eins: Dass es noch ein paar Jahre länger dauert, bis in Freiburg das erste Windrad gebaut wird.

Epilog

Die nationale Politik wünscht sich derweil etwas ganz anderes: Mit der kürzlich verabschiedeten «Windkraftoffensive» sowie dem neuen Energie-Mantelerlass sollen grosse Projekte zügiger realisiert werden können. Es wird schwieriger werden, bereits bewilligte Vorhaben mit Einsprachen ans Bundesgericht zu ziehen, und Argumente des Landschaftsschutzes erhalten weniger Gewicht.

Doch in Vuisternens waren die Probleme anders gelagert: Ein konkretes Projekt hat es in dem Dorf nie gegeben. Noch bevor ein echter Plan bestand, sind die Windräder am Widerstand einer Bevölkerung zerschellt, die sich von der Politik übergangen fühlte. Um irgendwo in der Schweiz ein Windprojekt durchzubringen, sollte man daher bei der Kommunikation ansetzen. Andernfalls wird es schwierig, Gemeinden dafür zu gewinnen. Lokale Widerstandsgruppen können zwar klein beginnen, aber dank eingängigen Argumenten und professioneller Unterstützung rasch an Schlagkraft gewinnen – bis wieder irgendwo ein Gemeinderat ausgetauscht wird.

Diese Recherche ist in Kooperation mit dem unabhängigen und investigativen Recherche-Team Reflekt entstanden.

wie Vents Contraires gegen praktisch jedes Windkraftprojekt.

Paysage Libre will jedoch beim Widerstand von Vuisternens nicht federführend gewesen sein. «Die Arbeit findet effektiv in den Lokalvereinen und Regionalsektionen statt», schreibt der Präsident Elias Vogt auf Anfrage. Der Dachverband diene lediglich als Plattform, um die Arbeit der Vereinsmitglieder zu koordinieren, Studien zu sichten und Argumente zu prüfen, Medienmitteilungen herauszugeben oder Referenden zu unterstützen – wie jenes gegen den neuen Energie-Mantelerlass, welcher der Stromproduktion Vorrang vor dem Naturschutz einräumen soll.

Trotzdem: Paysage Libre prägt die Politik aktiv, vor allem in Freiburg. Die Vizepräsidentin des Vereins, Antoinette de Weck, sitzt für die FDP im Grossrat und reicht immer wieder entsprechende Vorstösse ein. Sie tritt an Infoanlässen oder Podien in den Freibur-

ger Gemeinden auf. Und sie gilt in Politikkreisen als Drahtzieherin der Anti-Windkraft-Bewegung. Doch auch de Weck betont, dass der Protest nicht top-down organisiert werde, sondern umgekehrt: «Die Bevölkerung war wütend auf die Behörden. Dieser Vertrauensverlust war an Anlässen wirklich spürbar», sagt sie. «Ich bin nicht in der Lage, das alles zu befeuern.»

Antoinette de Weck hat jedoch auch in Vuisternens einen Auftritt. Nachdem im März 2021 fast der ganze Gemeinderat abgewählt wird, geht es Schlag auf Schlag: Im Juni findet eine ausserordentliche Versammlung zum möglichen Windpark statt. Neben Vertretern der Energiekommission und Groupe E Greenwatt spricht Antoinette de Weck und spielt ein Video ab, das der Dachverband von Paysage Libre in Auftrag gegeben hat.

Es zeigt, wie die Windparks in Vuisternens und den Nachbargemeinden aussehen könn-

ten, wenn alle Vorschläge des Kantons umgesetzt würden – von überall her sichtbar, die nahen Häuser beschattend, nachts rot blinkend: «Vuisternens muss nicht der Abfall-eimer der Schweizer Energiepolitik sein», sagt Antoinette de Weck, und das Publikum applaudiert.

In der anschliessenden Konsultativabstimmung lehnen 90 Prozent der Teilnehmenden den Bau von Windparks ab. Der neu gewählte Gemeinderat sieht sich bestätigt. Und geht noch weiter. Im Februar 2022 reicht Vuisternens gemeinsam mit zehn Nachbargemeinden eine Beschwerde beim Bundesgericht ein. Ihr Ziel: den kantonalen Richtplan kippen und damit alle Projekte im Freiburgerland.

Die Gemeinden zweifeln die Unabhängigkeit der Firma an, die vom Kanton beauftragt wurde, Standorte für Windparks vorzuschlagen. Diese habe selbst Projekte in den fraglichen Gebieten entwickeln wollen. Das